

Moskau gereist, um ihren wohlhabenden Spender\*innen und Freund\*innen gute Geschäfte mit Russland zu verschaffen. Mit dabei waren Unternehmen aus dem Mittelstand genauso wie Milliardär René Benko. Immer präsent war der umstrittene Unternehmer Sigi Wolf. Russland wurde als „Markt“ für die österreichische Wirtschaft verstanden und nicht als das, was es eigentlich ist: Ein Feind unserer europäischen Werte und der Demokratie.

**Das ganze Ausmaß des Kuschelkurses mit Putin war bei der Erstellung des Untersuchungsgegenstandes für diesen Untersuchungsausschuss noch nicht bekannt. Eine parlamentarische Aufarbeitung dieser politischen Fehlleistungen wäre durchaus fruchtbringend. Denn die gewöhnlichen Österreicher\*innen hatten von all diesen Geschäften mit Russland gar nichts, bekommen aber jetzt jedes Monat die „Gas“rechnung präsentiert.**

### Die Goldene Hochzeit mit dem Gasknebelvertrag

Kein anderes Bild verdeutlicht die russlandfreundliche Politik unter Ex-Kanzler Sebastian Kurz besser als dieser Schnappschuss vom 6. Juni 2018. Die Herren, die sich hier innig in den Armen halten, sind Ex-OMV-Vorstand Rainer Seele und Gazprom-Chef Alexej Miller. Momente zuvor unterschrieben sie im Beisein des österreichischen

Kanzlers Sebastian Kurz und des russischen Präsidenten Wladimir Putin einen milliardenschweren Gaslieferungsvertrag mit einer Laufzeit bis 2040. Aberwitzig ist nicht nur die Laufzeit, sondern vor allem die Vertragskonstruktion, die besagt, Österreich müsse jedenfalls 96 Prozent der vereinbarten Liefermengen abnehmen, unabhängig davon, ob Österreich das Gas braucht oder nicht.<sup>525</sup>

Die Unterzeichnung der Gaslieferverträge markierte einen Höhepunkt der seit 50 Jahren bestehenden Kooperation zwischen der OMV und Gazprom und wurde im Rahmen der „*Goldenen Hochzeit*“ in Wien unterzeichnet.<sup>526</sup> Vier Jahre nachdem die Krim annektiert wurde, zehn Jahre, bevor der bereits bestehende Vertrag abgelaufen wäre. Der neue Vertrag enthält eine Take-or-Pay-Klausel, die Österreich auch dann zwingt zu zahlen, wenn es gar kein Gas bezieht.<sup>527</sup>

Von den vertraglichen Details soll kaum jemand informiert worden sein. Weder das Finanzministerium<sup>528</sup> noch der OMV-Aufsichtsrat. Nicht einmal Rainer Seele selbst kannte den vollständigen Vertrag, behauptete zumindest der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang C. Berndt im Untersuchungsausschuss.<sup>529</sup>

Das von Kurz geführte Außenministerium wurde jedenfalls frühzeitig im Dezember 2017 informiert, dass Rainer Seele die Gaslieferungsverträge verlängern lassen möchte.<sup>530</sup>



Außenminister war zu diesem Zeitpunkt Sebastian Kurz. Verhindert hat man es nicht. Stattdessen zelebrierte man einen weiteren Schritt in die Abhängigkeit von russischem Gas.<sup>531</sup>



### Türkis-Blau Unterstützung für die OMV-Strategie

In anderen Fällen war die Zusammenarbeit der OMV mit der österreichischen Regierung anscheinend enger gestaltet. Im Jahr 2019 setzte sich das Finanzministerium für eine Steuerreduktion für den Mineralölkonzern in Russland ein. Die damals von Wladimir Putin eingeführte „*Mineral Extraction Tax*“ hätte dem Unternehmen Kosten im dreistelligen Millionenbereich verursacht. Um das zu verhindern, vereinbarte der damalige OMV-Chef Rainer Seele mit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Finanzminister Hartwig Löger und ÖBAG-Chef Thomas Schmid, dass die OMV einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung zwischen Österreich und Russland erarbeitet, damit die Steuer gedeckelt wird.<sup>532</sup>

Die OMV übermittelte nicht nur ihren Entwurf, sondern später auch ein vorgefertigtes Schreiben für den Finanzminister mit der Passage: „*Die österreichische Bundesregierung unterstützt die Strategie der OMV und damit auch ihr verstärktes Engagement mit und in Russland*“. Der Entwurf wurde ohne Widerspruch von Löger unterzeichnet und an die russische Botschaft übermittelt. Was nichts anderes heißt, als dass die türkis-blaue Regierung die intensiverte Geschäftsbeziehung der OMV mit Gazprom nicht nur gut heißen, sondern aktiv gefördert hat.<sup>533</sup>

Auch wenn es letztendlich dank des Ibiza-Videos und dem vorzeitigen Ende der türkis-blauen Koalition nie zu einer gemeinsamen Erklärung zwischen Österreich und Russland gekommen ist, bleiben viele Fragen offen. Warum wäre Russland diesen Deal eingegangen? Was war die Gegenleistung? Und warum verwickelten sich nach Bekanntwerden der internen Vorgänge die Beteiligten in Widersprüche?<sup>534</sup> Seele sagte vor dem Ibiza-Untersuchungs-

ausschuss aus, dass er sich nie wegen des für die Steuer in Frage kommenden russischen Gasfeldes an Kurz oder Löger gewandt und lediglich Gespräche mit dem russischen Finanzministerium dazu geführt habe.<sup>535</sup> Die Unterlagen zeigen, dass das nicht stimmt.

Aus den dem Untersuchungsausschuss übermittelten Akten ergibt sich ein klares Bild: Die OMV gab die einseitige Ausrichtung der Gasversorgung trotz aller Warnungen aus dem Ausland nicht auf. Das geschah in enger Abstimmung mit dem Außenministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Kanzleramt.<sup>536</sup>

So berichtete etwa Maria Mittermair, Senior Vice President der OMV, in einem E-Mail vom 28. Juli 2020 an Kabinettsmitarbeiter\*innen im Bundeskanzleramt, Außenministerium und an Thomas Schmid von einem Gespräch mit einem hochrangigen Vertreter der US-Verwaltung in Zusammenhang mit möglichen Sanktionen gegen die OMV auf Grund der Beteiligung am Projekt „*Nord Stream 2*“. Die USA wurde deutlich: Die OMV solle ihr Engagement in Russland zurückfahren. Die OMV wollte trotzdem an dem Projekt festhalten.<sup>537</sup>

### Die guten Wirtschaftsbeziehungen dürfen wegen Nawalny nicht gestört werden



Im September 2020 fand ein Gespräch zwischen Außenminister Alexander Schallenberg und OMV-Vorstandschef Rainer Seele statt. In den Vorbereitungsunterlagen des BMEIA für diesen Termin heißt es unter anderem trocken in einem eigenen Bulletpoint:

Nur einen Monat zuvor wurde der russische Oppositionelle Alexej Nawalny Opfer eines Giftanschlages, mutmaßlich ausgeführt durch den russischen Geheimdienst.<sup>538</sup>